

Griechische Wirtschaftsgrößen

Autor(en): **Franc, Andrea**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **95 (2015)**

Heft 1031

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736200>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

OIKONOMIKA

Griechische Wirtschaftsgrössen



Andrea Franc

ist Wirtschaftshistorikerin und forscht zu Nord-Süd-Handel sowie ökonomischer Theoriegeschichte.

Nicht erst seit der Eurokrise will die griechische Ökonomie einfach nicht recht zur glorreichen antiken Tradition der Dichter und Denker passen. Zwar gibt die *oikonomika* (4. Jh. v. Chr.), eine Abhandlung zu Hauswirtschaft, Staatswirtschaft und Ehe, den Auftakt zum theoriegeschichtlichen Kanon der Wirtschaftswissenschaften. Ihr Inhalt dient dabei eher der Erheiterung denn der Erhellung. Der Verfasser der *oikonomika*, wohl ein Schüler des Aristoteles, sei «roh und ungebildet» beziehungsweise ein «Idiot» gewesen, urteilten Gräzisten über das Werk.

Der nächste international bekannte griechische Ökonom tauchte erst 2300 Jahre später auf: Andreas Papandreu (1919–1996). Er lehrte in den 1940er und '50er Jahren in Harvard und Berkeley, 1963 wurde sein Vater Georgios Premierminister Griechenlands und Andreas sein ökonomischer Chefberater. Sein amerikanischer Kollege und spätere Nobelpreisträger Milton Friedman besuchte ihn im selben Jahr und empfahl Griechenland, was er jedem Land zu empfehlen pflegte: streng kontrollierte Geldmengenausweitung, kleiner, aber starker Staatsapparat. Als Papandreu 1967 von der griechischen Militärjunta inhaftiert wurde, setzte sich Friedman persönlich für seine Freilassung ein. Damit habe er sich wieder einmal zum «neoliberalen Sündenbock» gemacht, scherzte Friedman später. Andreas Papandreu wurde später – wie sein Vater – Premierminister Griechenlands (1981–1989, 1993–1996). Und er implementierte das Gegenteil von Friedmans Empfehlungen: der Staatsapparat wucherte und die griechische Drachme wies vor dem Eurobeitritt die europaweit höchste Inflationsrate auf. In diesem Moment erinnern wir uns wieder an die gute alte *oikonomika*: «Als er [der Tyrann] Mangel an Geld litt, liess er Münzen aus Zinn prägen, berief dann eine Versammlung ein und sagte viel zum Lob des neu geprägten Geldes.» ◀

FREIE SICHT

Hausgemachte Flüchtlingskrisen



Christian P. Hoffmann

ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen und Forschungsleiter am Liberalen Institut. Er ist Beirat des Geschäftsberichte-Symposiums und Autor der Zeitschrift «The Reporting Times».

Niklas Luhmann nannte die Bürokratie ein System mit «geringer Störfähigkeit». Was der eloquente Soziologe damit meint: Bürokratien sind träge und unflexibel. Dass das durchaus tragische Auswirkungen haben kann, zeigt die aktuelle Flüchtlingskrise – etwa in Deutschland, das dank der spontanen Offenherzigkeit seiner Kanzlerin hunderttausende Migranten aufnimmt. Das Ergebnis: Chaos durch eine Überlastung der Aufnahmesysteme – von den Bahngleisen über die Auffang- und Verteilzentren bis zu den Amtsstuben des Bundesamts für Migration. Mass mediale aufbereitet entsteht so das Bild einer bedrohlichen «Flut», Sozialarbeiter und Polizisten beklagen lauthals ihre Überforderung, und auch die Migranten murren über unzureichende Infrastrukturen. Emotionen beginnen zu brodeln. Immer lauter werden die Rufe nach einer Unterbindung der Migration. Ungarische Zäune für alle!

Ein anderer Soziologe, Ralf Dahrendorf, sagte: «Wir brauchen Bürokratien, um unsere Probleme zu lösen. Aber wenn wir sie erst haben, hindern sie uns, das zu tun, wofür wir sie brauchen.» Damit trifft er den Nagel der Flüchtlingskrise auf den Kopf. Ich behaupte: Hätten die zuständigen Instanzen rechtzeitig die steigenden Migrationszahlen erkannt, flexibel und zügig die notwendigen Infrastrukturen errichtet und so die Aufnahme professionell verwaltet – von einer «Flüchtlingskrise» wäre heute keine Rede. Kein deutscher Bürger würde die hohe Zahl der Migranten aus eigener Anschauung als störend erfahren. Die Kosten wären angesichts gigantomanischer Projekte wie der Energiewende, der Eurorettung oder des Baus des Flughafens Berlin-Brandenburg ohnehin zu vernachlässigen.

Dank eines unfassbaren Mangels an Voraussicht und Flexibilität steckt Deutschland stattdessen in einer als Flüchtlingskrise verkleideten Bürokratiekrise: Bis zu 100 000 neue Stellen will der deutsche Staat nun schaffen, um die Migranten ex post zu verwalten. Bürokratie gebiert Bürokratie – die «Störfähigkeit» sinkt weiter. Dafür nehmen die Störungen zu. ◀